Frankfurter Allgemeine

31.03.2019 - Aktualisiert: 01.04.2019, 21:30 Uhr https://www.faz.net/-gsf-9lgb9

Amerikanische Universitäten

Meinungskampf mit Maulkörben

Früher stritten politische und religiöse Gruppen auf dem Universitätscampus miteinander. Jetzt protestieren amerikanische Studenten dagegen, Ansichten hören zu müssen, die sie nicht teilen. Wohin führt das?

Von AXEL MEYER



© AFP

Studenten an der University of California bei einem "Teach-Out"

Vor etwas mehr als fünfzig Jahren begann an der University of California in Berkeley das *free speech movement*. Es verbreitete sich wie ein Lauffeuer um die Welt und erreichte bekanntlich auch Deutschland. In Berkeley protestierten <u>Studenten</u> damals hauptsächlich gegen den Vietnamkrieg, aber auch für politische Meinungs- und Forschungsfreiheit. Mehr als 800 wurden verhaftet und für einige Stunden ins Gefängnis gesteckt. Die Stimmung blieb angespannt.

Im darauffolgenden Jahr wurde der konservative Republikaner und Schauspieler <u>Ronald Reagan</u> – trotzdem oder deshalb – zum Gouverneur von Kalifornien gewählt. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen sprach man weiter miteinander. Die rebellische Stimmung war auch noch in den achtziger Jahren an meiner Alma mater in Berkeley spürbar. Auf dem Campus stritten die verschiedensten politischen und religiösen Gruppen miteinander. Campusweit bekannte Spinner hielten Predigten. Man konnte sich in der Sonne sitzend von diesem Spektakel unterhalten oder zum Denken anregen lassen. Jeder kannte und belächelte den *naked man*, bewunderte die Künste des Jongleur und tolerierte auch den ultrakonservativen Prediger auf der Sproul Plaza vor dem Hauptverwaltungsgebäude, der allen einen baldigen Besuch der Hölle prophezeite. Man musste ihm ja nicht zuhören.

Trump ist die Konsequenz

Allerdings haben sich die toleranten, freiheitsliebenden Vereinigten Staaten sehr verändert. Insbesondere im letzten Jahrzehnt ist die Stimmung sehr aggressiv geworden. Das war schon unter Barack Obama spürbar. Zwischen den liberalen, wirtschaftsstarken und meist akademisch gebildeten Eliten an den Küsten und den eher konservativen und bodenständigen *blue collar*-Amerikanern im *fly-over country*, wie der mittlere Teil des Landes herabwürdigend genannt wird, besteht heute eine tiefe, unüberbrückbar scheinende Kluft. Genauso unerwartet, wie es die Wahl von Reagan zum Gouverneur von Kalifornien 1966 war, kam fünfzig Jahre später die Wahl des Immobilienhais und Fernseh-Unterhalters Donald Trump zum Präsidenten.

Trump ist nicht nur eine der Ursachen der politischen Spaltung, sondern auch deren Konsequenz. Denn auch die Demokraten und die Studenten sind nicht mehr so liberal und tolerant wie noch vor dreißig Jahren. insbesondere an den Universitäten und Colleges in New England und an den Küsten. Studenten protestieren dagegen, Ansichten hören zu müssen, die sie nicht teilen. Die richtigen Antworten glauben sie schon gefunden zu haben. Dieses Denken, wenn man es "Denken" nennen kann, widerspricht den Grundsätzen der Rationalität und freien Wissenschaft – den Errungenschaften des Westens. Es bringt uns zurück in voraufklärerische Zeiten, in denen nicht das Argument zählte, sondern die Person, die es vorbrachte.

Diversität von Hautfarben und Identitätspolitik

Diese Entwicklung greift längst über die Vereinigten Staaten hinaus. Auch in Deutschland wird immer häufiger über Ausladungen und Störungen von akademischen Veranstaltungen mit konservativen Rednern berichtet, und über Mobbing von Professoren, deren Ansichten dem dominanten Zeitgeist nicht entsprechen. Bedauerlicherweise geben rückgratlose Universitätsleitungen und sich selbst zensierende Professoren oft dem Willen des Lautesten nach. Zugleich drängt ein scheinbar entgegengesetzter Trend aus den Vereinigten Staaten in die europäischen Universitäten: Diversity. Doch es handelt sich nicht, wie zu erhoffen wäre, um Diversität von Meinungen, was ja eine gesunde Entwicklung wäre, sondern um Diversität von Hautfarben und Identitätspolitik. Dabei wird unterstellt, dass persönliche Erfahrung, Gefühle oder Herkunft wichtiger seien, als eine akademische Analyse, ja dass sie allein entschieden. Was für ein Rückschritt!

Diese Entwicklung hat mehrere Gründe. Befördert wurde sie von einem poststrukturalistischen Denken, dass die wissenschaftliche Wahrheitssuche ausschließlich als eine Art Machtkampf interpretiert und zwischen verschiedenen Wahrheitsbegriffen – grob gesagt: einem pragmatischen und einem hermeneutischen – nicht unterscheidet. Jeder hat dann seine eigene Wahrheit, und es zählt nur noch, wie man ihr Gehör verschafft. Diese Sichtweise wurde in bestimmten Teildisziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften dominant, verquickte sich mit wirtschaftlichen Motiven und administrativen Steuerungsinteressen und hat dazu geführt, dass an die Stelle des freien Meinungsaustausches eine weltanschauliche Monokultur getreten ist, die mit Redeverboten verteidigt wird.

Zehnmal mehr Professoren Demokraten als Republikaner

Im Oktober 2018 veröffentlichte Samuel J. Abrams, Politikprofessor am Sarah Lawrence College, in der New York Times einen Meinungsartikel mit dem Titel "Think Professors are liberal? Try School Administrators". Nach einer Erhebung aus dem vergangenen Jahr sind etwa zehnmal mehr Professoren Demokraten als Republikaner. Unter den besten Universitäten der Vereinigten Staaten haben fast vierzig Prozent überhaupt keine registrierten Republikaner unter den Professoren. Auch die Verwaltungen bemühen sich zunehmend mehr um gesellschaftspolitische Themen als um akademische Forschung. Die rasche Vermehrung von Administratoren besonders für Diversitäts- und Geschlechtsfragen hat nicht nur zu einem deutlichen Anstieg der horrenden Studiengebühren, sondern auch zu ausufernden Verhaltens- und Denkvorschriften auf dem Campus geführt. Abrams macht dafür nicht nur die Einstellung der Professoren verantwortlich. Vielmehr haben Universitätsverwaltungen zu dieser "fortschrittlichen" Entwicklung beigetragen. Seit vergangener Woche nun besetzt eine Gruppe von Studenten des Sarah Lawrence College das Verwaltungsgebäude und fordert lautstark Abrams' Entlassung.

Die intellektuelle Monotonie in der amerikanischen Wissenschaftslandschaft hat einige neue Initiativen provoziert, die sich für mehr Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt einsetzen, aber nur indirekt aus den Universitäten kommen. Darunter die von dem Psychologen Jonathan Haidt begründete Heterodox Academy. Stärker noch als die Heterodox Academy ist der Einfluss des Intellectual Dark Webs, wie Bari Weiss, Kommentatorin der New York

Times, es nannte. Weiss zählt dazu öffentliche Intellektuelle wie Sam Harris, Eric und Bret Weinstein, dessen Frau Heather Heying, Christina Hoff Sommers, Michael Shermer, Joe Rogan und Jordan Peterson. Viele von ihnen haben an den besten Universitäten studiert oder gelehrt, sind aber meist weniger durch Bücher als durch Podcasts oder Videos, die millionenfach angeschaut wurden, und Gespräche, die weltweit große Hallen füllen, bekannt geworden. Bret Weinstein und Heather Heying sind von aktivistischen Studenten aus ihrer Universität, der Evergreen State University, vertrieben worden.

Ideologische Monokulturen an Universitäten sind sehr anfällig. Ausgerechnet die amerikanische Bildungsministerin Betsy de Vos scheint nun dagegen anzugehen. De Vos hat Verordnungen von <u>Barack Obama</u> rückgängig gemacht und fordert, Unschuldsvermutung, Verfahrenstransparenz und Rechte für Beschuldigte bei Verdacht auf sexuellen Übergriffen an den Universitäten wieder einzuführen. Präsident Trump hat vergangene Woche sogar einen Erlass unterschrieben, der die Förderung von Universitäten aus Bundesmitteln vom Schutz der Meinungsfreiheit auf dem Campus abhängig macht. Verkehrte Welt! Sind die Verteidiger der Meinungsfreiheit ins rechte politische Lager gewechselt? Eher ist es der gefährliche Versuch der amerikanischen Regierung, selbst zu definieren, was unter Meinungsfreiheit zu verstehen ist, nachdem die meisten Hochschulen die Deutungshoheit darüber aus der Hand gegeben haben. Jede Deutungsmacht bewirkt eben eine Gegengewalt. Da hatte Foucault vielleicht sogar Recht. Erst einmal müssen aber wieder die Grundlagen geschaffen werden, dass so eine Diskussion möglich ist. Vernunft und freie Wissenschaft sind in Gefahr.

Der Autor ist Professor für Biologie an der Universität Konstanz.

Ouelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2019 Alle Rechte vorhehalten